

Medienmitteilung vom 15. Februar 2013

Jungfreisinnige Basel-Stadt lehnen alle drei nationalen Vorlagen ab und sind für längere Ladenöffnungszeiten

Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt (JFBS) haben an ihrer gestrigen Mitgliederversammlung die Parolen für die Abstimmungen vom 3. März 2013 gefasst. Die kantonale Vorlage zur Erweiterung der Ladenöffnungszeiten um zwei Stunden an Samstagen, wird als Schritt in die richtige Richtung einstimmig befürwortet. Auf nationaler Ebene wird die Mogelpackung Minder-Initiative, das Raumplanungsgesetz und auch der Familienartikel klar abgelehnt.

Die pragmatische **Erweiterung der Ladenöffnungszeiten** an Samstagen unterstützen die Jungfreisinnigen als liberalste Partei des Kantons einstimmig. Damit werden positive wirtschaftliche Anreize gesetzt, der Wettbewerb gestärkt und die Freiheit der Konsumenten erweitert. Die Benachteiligung des Detailhandels gegenüber umliegenden Kantonen und dem angrenzenden Ausland wird abgeschwächt, lokale Arbeitsplätze gesichert und die Öffnungszeiten können immerhin halbwegs an die gesellschaftliche Realität angepasst werden.

Zur **Minder-Initiative** sagen die Mitglieder einstimmig **NEIN**, bei einer Enthaltung. Sie sind überzeugt, dass es sich bei der Initiative um einen Etikettenschwindel handelt und dass der indirekte Gegenvorschlag eine umsetzbarere und effizientere Lösung darstellt. Die Bevormundung von Aktionären und unnötige Regeln wie bspw. der Stimmzwang für Pensionskassen *im Interesse ihrer Versicherten* werden abgelehnt. Diese Überregulierungen würden die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz schädigen. Für kontraproduktives „Zeichen setzen“ sind die JFBS nicht zu haben – linke Parteien offenbar schon.

Über die **Revision des Raumplanungsgesetzes** wurde engagiert diskutiert. Die Notwendigkeit der Bekämpfung der Zersiedlung wurde dem konsequenteren Umsetzen bestehender Regeln entgegengesetzt. Schliesslich wurde die **NEIN**-Parole mit einer Gegenstimme gefällt. Abgelehnt wird, dass die Kantons- und Gemeindeautonomie beschränkt und durch künstliche Verknappung des Baulandes die Bodenpreise und somit die Mieten steigen würden.

Der **Familienartikel** wurde ebenfalls kontrovers diskutiert. Kindertagesstrukturen und Fremdbetreuungsplätze seien ein liberales Anliegen, in unserem föderalistischen Staat Familienpolitik jedoch Aufgabe der Kantone, Gemeinden und privater Initiative und nicht des Bundes. Basel-Stadt verfüge bspw. bereits heute über ein breites Angebot an Kindertagesstrukturen, zudem sei an die Eigenverantwortung der Eltern zu appellieren und sind die Kostenfolgen bei einer Annahme nicht absehbar. Die **NEIN**-Parole wurde deutlich gefällt.

Freundliche Grüsse
Jungfreisinnige Basel-Stadt

Für weitere Auskünfte:
Christian Kaiser, Vorstand, 079 772 01 86